



Vereinbarung für Erasmus+ Personalmobilität zu Lehr- und Fortbildungszwecken (Leitaktion 1 Hochschulbildung – KA103 - Programmländer)

Universität Graz (A GRAZ01), Universitätsplatz 3, 8010 Graz, Austria

im Folgenden „die Hochschuleinrichtung“ genannt, zur Unterzeichnung dieser Vereinbarung vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Petra Schaper-Rinkel, Vizerektorin für Digitalisierung einerseits, und

Frau

Zugehörigkeit zur Hochschule in dieser Funktion: [Seniority]: Junior (approx.<10 years of experience)

Staatsangehörigkeit: [\[https://www.iso.org/obp/ui/#search\]](https://www.iso.org/obp/ui/#search)

Dienststelle/Einheit (Institut/Abteilung):

Anschrift:

Telefon: +43 316 380

E-Mail:

Geschlecht: weiblich

Akademisches Jahr: 2019/2020

Lehraufenthalt (STA) an der [Gastuniversität _Erasmus Code]:

Fortbildungsaufenthalt (STT) an/am [Gasteinrichtung]:

Teilnehmer/in mit Fördermitteln aus Erasmus+ EU-Mitteln
 einem Zero-grant (Nullzuschuss)
 Fördermitteln aus Erasmus+ EU-Mitteln kombiniert mit einem Zero-Grant (Nullzuschuss)
 Unterstützung bei besonderem Bedarf (Zuschuss für Teilnehmer/innen mit Behinderung)

Bankkonto, auf das die Fördermittel gezahlt werden sollen

BIC/SWIFT:

IBAN:

Keine Angaben notwendig, wird über Lohnverrechnung ausbezahlt!

im Folgenden „der/die Teilnehmer/in“ andererseits, vereinbaren die untenstehenden Besonderen Bedingungen und Anhänge, welche fester Bestandteil dieser Vereinbarung (im Folgenden „Vereinbarung“) sind.

Anhang I Mobility Agreement

Anhang II Allgemeine Bedingungen

Vorlagen: <http://international.uni-graz.at/de/sta/> und <http://international.uni-graz.at/de/stt/>

Die in den Besonderen Bedingungen niedergelegten Regelungen gehen denen in den Anhängen vor.

[Für Anhang I dieses Dokuments besteht keine Verpflichtung, Unterlagen mit Originalunterschriften in Umlauf zu geben: Eingesannte Kopien der Unterschriften und elektronische Unterschriften können, abhängig von der nationalen Gesetzgebung und institutionsinternen Regelungen, akzeptiert werden.]

BESONDERE BEDINGUNGEN

ARTIKEL 1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

- 1.1 Die Hochschuleinrichtung erbringt gegenüber dem bzw. der Teilnehmer/in zur Durchführung einer Mobilitätsaktivität zu Lehrzwecken/Fortbildungszwecken Unterstützung im Rahmen des Erasmus+ Programms.
- 1.2 Der bzw. die Teilnehmer/in nimmt die Förderung wie in Artikel 3.1 festgelegt an und verpflichtet sich, die Mobilitätsaktivität zu Lehrzwecken/Fortbildungszwecken wie in Anhang I beschrieben vorzunehmen.
- 1.3. Beide Parteien können mittels einer förmlichen Mitteilung in Schriftform oder auf elektronischem Wege Vertragsänderungen vorschlagen und diesen zustimmen.

ARTIKEL 2 – INKRAFTTRETEN UND DAUER DER MOBILITÄT

- 2.1 Die Vereinbarung tritt an dem Datum der Unterzeichnung durch die letzte der beiden Parteien in Kraft.

- 2.2 Die Mobilitätsphase beginnt am / / [TT/MM/JJJJ] und endet am / / [TT/MM/JJJJ]. Das Beginndatum der Mobilitätsphase bezeichnet den ersten Tag, an dem der bzw. die Teilnehmer/in an der aufnehmenden Hochschuleinrichtung/Institution anwesend sein muss und das Enddatum bezeichnet den letzten Tag, an dem der bzw. die Teilnehmer/in an der aufnehmenden Hochschuleinrichtung/Institution anwesend sein muss.
- Der Dauer der Mobilitätsphase wird ein Reisetag vor dem ersten Tag der Auslandsaktivität und/oder ein Reisetag nach dem letzten Tag der Auslandsaktivität hinzugefügt und auch in der Berechnung der individuellen Unterstützung/Aufenthaltskosten berücksichtigt.
- 2.3 Der/die Teilnehmer/in erhält Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU und ggf. aus den Mitteln der Hochschuleinrichtung für Tage und Tage für An-/Abreise.
- 2.4 Die Gesamtdauer der Mobilitätsphase darf höchstens 2 Monate betragen. Dabei gilt eine Mindestdauer von 2 aufeinanderfolgenden Tagen pro Mobilitätsmaßnahme und mindestens 8 Stunden Unterricht pro Woche (oder einer kürzeren Aufenthaltsdauer). Im Falle von Aufenthalten die über eine Woche hinausgehen, muss die Mindestanzahl der Lehrstunden für die über die erste Woche hinausgehenden Tage proportional zur Aufenthaltsdauer berechnet werden. (8 Stunden durch 5 multipliziert mit der Anzahl der Extratage. Das Ergebnis wird auf ganze Zahlen abgerundet.) Im Falle der Kombination eines Lehraufenthalts mit Fortbildungsaktivitäten (innerhalb eines Aufenthalts) reduziert sich die Mindestlehrerfordernis auf vier Stunden pro Woche (oder eine kürzere Aufenthaltsdauer). Für Lehraufenthalte von eingeladenem Personal aus Unternehmen gilt keine Mindestlehrverpflichtung.
- Bei Lehraufenthalten muss der/die Teilnehmer/in insgesamt Stunden innerhalb von Tagen unterrichten.
- 2.5 Der/die Teilnehmer/in kann einen Antrag auf Verlängerung der Mobilitätsdauer innerhalb der in Artikel 2.4 festgelegten Grenzen stellen. Stimmt die Hochschuleinrichtung der Verlängerung der Mobilitätsdauer zu, wird die Vereinbarung entsprechend geändert.
- 2.6 Das tatsächliche Datum des Beginns und Endes der Mobilitätsphase muss in der Teilnahmebescheinigung angegeben werden.

ARTIKEL 3 - FÖRDERMITTEL

- 3.1 Die Hochschuleinrichtung übernimmt die finanzielle Förderung von Fahrt- und Aufenthaltskosten für den/die Teilnehmer/in in Form von individuellen Unterstützungsleistungen und erstattet sie im Falle einer Vorfinanzierung durch den/die Teilnehmer/in nach den internen Regeln der Hochschuleinrichtung. Die Hochschuleinrichtung muss in diesem Fall sicherstellen, dass die erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
- 3.2 Die Erstattung von Kosten, die ggf. für Teilnehmer/innen mit Behinderung oder, wenn anwendbar, für hohe Reisekosten anfallen, ist abhängig von den eingereichten zusätzlichen Belegen.
- 3.3 Die finanzielle Unterstützung darf nicht zur Deckung von Kosten verwendet werden, die bereits aus EU-Mitteln finanziert werden.
- 3.4 Unbeschadet der Bestimmung in Artikel 3.3 ist die finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU mit allen sonstigen Finanzierungsquellen vereinbar.
- 3.5 Führt der/die Teilnehmer/in die Mobilitätsmaßnahme nicht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen aus dieser Vereinbarung durch, ist die finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU ganz oder teilweise zurückzuzahlen. Auf die Rückzahlung wird jedoch verzichtet, wenn der/die Teilnehmer/in durch höhere Gewalt am Abschluss der Mobilitätsmaßnahme nach Anhang I gehindert wurde. Diese Fälle müssen von der Entsendeeinrichtung gemeldet werden und müssen von der Nationalen Agentur akzeptiert werden.

ARTIKEL 4 – ZAHLUNGSVEREINBARUNGEN

- 4.1 Die Übermittlung des EU-Online-Fragebogens und der notwendigen Unterlagen/Belege gilt als Antrag des/der Teilnehmers/in auf Abrechnung der Fördermittel. Die Hochschuleinrichtung hat die Erstattung der Kosten innerhalb von 45 Kalendertagen zu leisten oder, falls eine Rückzahlung fällig ist, eine Rückforderung geltend zu machen.
- 4.2 Der/die Teilnehmer/in hat anhand einer Teilnahmebescheinigung, die die aufnehmende Einrichtung ausstellt, das tatsächliche Start- und Enddatum der Mobilitätsphase nachzuweisen.



ARTIKEL 5 – EU-Online-Fragebogen (EU Survey)

- 5.1. Der bzw. die Teilnehmer/in füllt den EU-Online-Fragebogen nach der Mobilität im Ausland aus und übermittelt diesen innerhalb von 30 Kalendertagen nachdem er/sie die Aufforderung zum Ausfüllen erhalten hat.
- 5.2 Bei Teilnehmer/innen, die den EU-Online-Fragebogen nicht ausfüllen und übermitteln, kann die Hochschuleinrichtung entscheiden, die Fördermittel nicht abzurechnen und auszuzahlen.

ARTIKEL 6 – GELTENDES RECHT UND GERICHTSSTAND

- 6.1 Für diese Vereinbarung gilt österreichisches Recht.
- 6.2 Sofern Streitigkeiten zwischen der Hochschuleinrichtung und dem /der Teilnehmer/in die Auslegung, die Anwendung oder die Gültigkeit dieser Vereinbarung betreffend nicht gütlich beigelegt werden können, ist für diese Streitigkeiten ausschließlich der Gerichtsstand nach dem anwendbaren innerstaatlichen Recht zuständig.

UNTERSCHRIFTEN

Für den/die Teilnehmer/in
[Vorname(n)/Name(n)]

Für die Hochschuleinrichtung
Diana Afrashteh
(Erasmus Hochschulkoordinatorin)
i.A. der Vizerektorin

[Unterschrift]
Ausgeführt zu Graz, / /

[Unterschrift]
Ausgeführt zu Graz / /

Anhang I: Staff Mobility Agreement

Ansichtsexemplar

Anhang II

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

Artikel 1: Haftung

Jede Partei dieser Vereinbarung befreit die jeweils andere von jeder zivilrechtlichen Haftung für jeden von ihr oder ihren Mitarbeitern erlittenen Schaden, der infolge der Erfüllung dieser Vereinbarung eingetreten ist, sofern dieser nicht infolge grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Fehlverhaltens seitens der anderen Partei oder deren Mitarbeitern entstanden ist.

Die Nationalagentur Erasmus+ Bildung (OeAD-GmbH), die Europäische Kommission oder ihre Mitarbeiter/innen können im Falle eines Anspruchs aus der Vereinbarung, der sich auf während der Durchführung der Mobilitätsphase verursachte Schäden bezieht, nicht haftbar gemacht werden. Entsprechende Entschädigungs- oder Erstattungsansprüche werden daher von der Nationalagentur Erasmus+ Bildung (OeAD-GmbH) oder von der Europäischen Kommission abgewiesen.

Artikel 2: Beendigung der Vereinbarung

Unterlässt der bzw. die Teilnehmer/in die Erfüllung irgendwelcher Pflichten aus dieser Vereinbarung, so ist die Hochschuleinrichtung ungeachtet der nach geltendem Recht vorgesehenen Konsequenzen berechtigt, die Vereinbarung ohne weitere rechtliche Formalitäten zu kündigen oder zu stornieren, sofern seitens des bzw. der Teilnehmers/in innerhalb eines Monats nach Eingang einer entsprechenden Mitteilung per Einschreiben keine Handlungen vornimmt.

Kündigt der/die Teilnehmer/in die Vereinbarung vor dem Ablauf der Vereinbarung oder unterlässt er oder sie die Einhaltung der Regelungen der Vereinbarung, muss er oder sie den bereits gezahlten Betrag des Zuschusses zurückzahlen, außer mit der Entsendeeinrichtung wurde etwas anderes vereinbart.

Kündigt der/die Teilnehmer/in aufgrund „höherer Gewalt“, d. h. einer unvorhersehbaren Ausnahmesituation oder eines Ereignisses, das außerhalb des Einflussbereichs des/der Teilnehmers/in liegt und nicht auf einen Fehler oder Fahrlässigkeit seitens des bzw. der Teilnehmer/in zurückzuführen ist, ist der bzw. die Teilnehmer/in berechtigt, zumindest den der tatsächlichen

Dauer der Mobilitätsphase entsprechenden Zuschussbetrag zu erhalten. Jegliche verbleibenden Fördermittel müssen zurückgezahlt werden, sofern nicht anderweitig mit der entsendenden Einrichtung vereinbart.

Artikel 3: Datenschutz

Alle in der Vereinbarung enthaltenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der EU und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Derartige Daten werden ausschließlich in Verbindung mit der Durchführung und des Follow-ups der Vereinbarung durch die entsendende Einrichtung, der Nationalen Agentur und der Europäischen Kommission verarbeitet, unbeschadet der Möglichkeit der Weitergabe der Daten an die für die Untersuchung und Prüfung zuständigen EU-Einrichtungen gemäß der EU-Gesetzgebung (Europäischer Rechnungshof oder Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)).

Der bzw. die Teilnehmer/in kann auf schriftliche Anfrage hin Zugang zu seinen persönlichen Daten erhalten und falsche oder unvollständige Information berichtigen. Er/Sie richtet etwaige Fragen zur Verarbeitung seiner/ ihrer persönlichen Daten an die entsendende Einrichtung und/oder an die Nationalagentur Erasmus+ Bildung (OeAD-GmbH). Der bzw. die Teilnehmer/in kann gegen die Verarbeitung seiner bzw. ihrer persönlichen Daten in Hinblick auf die Nutzung dieser Daten durch die entsendende Einrichtung bei der österreichischen Datenschutzkommission oder, in Hinblick auf die Nutzung der Daten durch die Europäische Kommission, beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einreichen.

Artikel 4: Kontrollen und Prüfungen

Die Parteien der Vereinbarung verpflichten sich zur Übermittlung jeglicher detaillierten Information(en), welche von der Europäischen Kommission, der Nationalagentur Erasmus+ Bildung (OeAD-GmbH) oder jeder anderen außenstehenden, von der Europäischen Kommission oder Nationalagentur Erasmus+ Bildung (OeAD-GmbH) beauftragten Stelle zum Zweck der Überprüfung der ordnungsgemäßen Umsetzung der Mobilitätsphase und der Bestimmungen der Vereinbarungen angefordert wurde(n).